

# Beteiligung jenseits der Blumentröge

*Seit einem Jahr sind in der „Aktion 21“ Wiener Bürgerinitiativen vernetzt. Ihr Ziel ist, gemeinsam mehr Druck auf die Politik der Stadt ausüben zu können – das ist bis dato nur teilweise gelungen.*

Bettina Fernsebner-Kokert  
Marijana Miljković

**Wien** – Der Erfolg, den eine Bürgerinitiative für sich verbucht hat, indem sie die Tiefgarage unter dem Bacherpark im 5. Wiener Gemeindebezirk verhindert hat, war für viele andere ein Signal: Bürger können es schaffen, sich zu wehren. Zwar ist es bis dato nur beim Erfolg der Bürgerinitiative Bacherpark geblieben, doch „auch Kleinvieh macht Mist“, dachten die Aktivisten wohl und gründeten vor einem Jahr die „Aktion 21“. Mittwoch zog man Bilanz.

Gegründet wurde die Plattform aus Frust. Denn die Vertreter der mittlerweile 30 Wiener Bürgerinitiativen waren mit den Maßnahmen der Stadt, die das gesetzlich verankerte Recht auf Bürgerbeteiligung ermöglichen sollten, unzufrieden. Die Lokale Agenda 21 (LA21), das Grätzelmanagement und die Gebietsbetreuung hätten auch ihre Daseinsberechtigung, wenn sie sich mit Fragen zur Anbringung von Blumentrögen oder der Ausgestaltung breiterer Wege und Plätze befassen, sagt Helmut Hofmann, Obmann der Aktion 21. „Für Vorhaben von größerer Bedeutung, welche eine größere Zahl von Bürgern in ihrer Lebensqualität beeinträchtigen und tatsächlich bewegen, ist das zu wenig“, kritisierte er.

Noch immer sei es in den meisten Fällen so, dass Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt würden (siehe Artikel unten). Die Aktion 21 setzt sich für „echte Partizipation“ ein, sagt Hofmann. „Wo Bürger sagen, was sie

brauchen“, ergänzt Herta Wessely, Obfrau der Aktion 21. Sie bleibt positiv: „Ich habe aber das Gefühl, dass sich etwas ändern wird“.

„Bürgerbeteiligung gewinnt an Bedeutung“, sagt Emmerich Talos, Politikwissenschaftler an der Uni Wien im STANDARD-Gespräch. Traditionell habe Bürgerbeteiligung in Österreich wenig Basis, weil es einen hohen Organisationsgrad der Parteien oder Vereine gebe, aber wenige zivilgesellschaftliche Vereinigungen. Den Bürgerinitiativen komme zugute, dass die Bedeutung der traditionellen Organisationen abnehme. „Die Politiker sind schlau genug zu sagen: Die Rahmenbedingungen zur Beteiligung sind eh vorhanden.“ Es gebe ein großes Ungleichgewicht zwischen formeller, gesetzlich vorgeschriebener und freiwilliger Beteiligung. Aktive Bürger müssten auch das Anliegen von Politikern sein, sagt Talos. Hubert Sickinger von Transparency International, einer NGO zur Korruptionsbekämpfung, meint, die Kommune müsse transparenter werden, die Bürgerinnen und Bürger sollten Zugang „zu allen Vorgängen in der Verwaltung haben“.

## Transparenz gefordert

„Wir arbeiten mit den Bürgern intensiv zusammen“, sagt der zuständige Planungsstadtrat Rudolf Schicker (SP). „Bevor Partizipation möglich ist, muss ein Plan vorhanden sein. Doch nicht jedes Projekt eignet sich für Bürgerbeteiligung“, meint er.

Transparenz müsse auch herrschen, wenn eine der Konfliktparteien einen Mediator bestellt, betont Erich Platzer vom Berufsverband der Mediatoren, „weil dann die andere Seite schnell den Eindruck hat, das läuft nicht objektiv ab“. Deshalb müsse klargestellt werden, dass die Lösung offen ist. Manchmal, sagt Platzer, gehe einfach das Gemeinwohl vor. „Aber dann sollte man klarstellen, dass trotzdem darauf geachtet wird, die individuellen Bedürfnisse der kleineren Gruppe so weit wie möglich zu berücksichtigen.“